

# Die Bürgermeisterin als Sprecherin der AG der Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Beigeordneten im Kreis Borken

## Kontaktdaten:

Bürgermeisterin  
Mechtild Schulze Hensing  
Im Piepershagen 17  
46325 Borken

Telefon: 02861 / 939 - 100

Telefax: +49 2861 / 939 62 100

E-Mail: mechtild.schulze-hensing@borken.de

Stadt Borken – Postfach 1764 – 46322 Borken

Landrat Dr. Kai Zwicker  
Kreis Borken  
Burloer Str. 93  
46325 Borken

Ihr Schreiben von                      Ihr Zeichen                      Mein Zeichen                      Datum

Kreishaushalt 2024 – Benehmensverfahren nach § 55 Abs. 1 KrO NRW

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Zwicker,

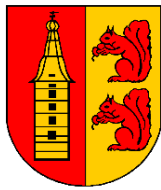
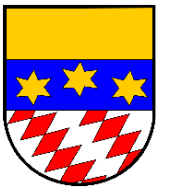
mit Schreiben vom 19.10.2023 mit den Eckpunkten zum Entwurf des Haushaltes 2024 haben Sie gem. § 55 Abs. 1 KrO NRW das Verfahren zur Herstellung des Benehmens mit den Städten und Gemeinden im Kreis Borken zur Festsetzung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2024 eingeleitet.

Auch wenn die Stadt Gronau mit Schreiben vom 13.11.2023 das Benehmen mit dem Kreishaushalt bereits erteilt hat, bin ich von den Kommunen im Kreis beauftragt, eine gemeinschaftliche Stellungnahme abzugeben.

In mehreren Sitzungen der Haushaltskommission haben Sie Ihr Eckpunktepapier erläutert und dieses allen Städten und Gemeinden zugeleitet. Es fand eine offene und konstruktive Diskussion in der Haushaltskommission wie in der Bürgermeisterkonferenz statt, die die schwierige Situation der Kommunen im Kreis deutlich gemacht hat.

Insbesondere waren die außerordentlichen Belastungen für die kommunale Familie Inhalt der Diskussionen:

- Die stagnierende bis hin zurückgehende Wirtschaftskraft wirkt sich unmittelbar auf die kommunalen Haushalte aus durch zurückgehende Einnahmen bei der Gewerbesteuer und sinkende Anteile an der Einkommenssteuer



- Der weiterhin zunehmende Fachkräftemangel in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung erschwert die Aufgabenerledigung.
- Die erheblichen Personalkostensteigerungen aufgrund der Tarifabschlüsse und den zu kalkulierenden Mehraufwendungen für die Beamtenschaft belasten die Haushalte durchgängig auf allen Ebenen. Dies kann einerseits dem Fachkräftemangel entgegenwirken, muss aber andererseits fortlaufend in den öffentlichen Haushalten finanziert werden.
- Die kaum noch zu bewältigende Aufgabe der Kommunen, die Unterbringung und Betreuung des ungebremsen Zustroms von Flüchtlingen zu bewerkstelligen einschließlich der Integrationsarbeit, der Einbindung in Kita und Schule und der Vermittlung in Arbeit erzeugen nicht nur einen enormen Druck bei den Beschäftigten, sondern wirken zunehmend verunsichernd auf die Bevölkerung.
- Die ausufernde Fördermittelbürokratie fordert die Kommunen enorm, so dass alle möglichen Förderkulissen nicht mehr genutzt werden können. Hier fehlt es immer mehr an einer auskömmlichen Grundfinanzierung und vereinfachten Pauschalierung für Fördermöglichkeiten. Und es fehlt ein Grundvertrauen der Fördermittelgeber am rechtmäßigen Handeln der Kommunen.
- Die weiterhin zunehmende Aufgabenstellung der Kommunen durch bundesgesetzliche Vorgaben ohne auskömmliche finanzielle Ausstattung wie beispielsweise:
  - Die kommunale Wärmeplanung muss durch die Kommunen erstellt und umgesetzt werden. Eine finanzielle Unterstützung erfolgt über ein Förderprogramm, was wiederum einen erheblichen personellen Aufwand und einen Eigenanteil der Kommunen bedeutet.
  - Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab 25/26 muss von den Kommunen umgesetzt werden, ohne dass die finanziellen Rahmenbedingungen auch nur annähernd auskömmlich geregelt sind.

Ein wesentlicher Einflussfaktor auf die kommunalen Haushalte ist die Kreisumlage. Diese wird wiederum maßgeblich bestimmt durch die Landschaftsverbandsumlage. Hier schlagen die Lohnkostensteigerungen massiv zu Buche. Seit Jahren verzeichnen wir einen anhaltenden enormen Stellenzuwachs beim Landschaftsverband durch gesetzliche Standardsteigerungen und aufwendige administrative Verfahren. Auch auf Kreisebene wie bei den Kommunen haben die Stellenpläne in den letzten 10 Jahren erhebliche Zuwächse ausgewiesen, was zu stetigen Personalkostensteigerungen führte. Doch nun ist insgesamt ein Maß erreicht, was zukünftig weder personell noch finanziell für die kommunale Ebene tragbar ist.

Hinzu kommt, dass im Gegensatz zu den anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen die Eingliederungshilfe über die Umlage des Landschaftsverbandes über die Kreisumlage von den Kommunen finanziert werden muss. Das werden die Kommunen vor dem Hintergrund der vielfältigen und vorstehend noch einmal besonders herausgestellten Herausforderungen nicht mehr erwirtschaften können.

Wir nehmen die positiven Signale des Kreises wahr, der für 2024 nur eine geringfügige und meist gegenfinanzierte Stellenplanerweiterung vorsieht. Wir sehen auch die umfassenden Leistungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe insbesondere in der Eingliederungshilfe

und stellen die unmittelbare Hilfe für Menschen mit Behinderung in keiner Weise in Frage. Allerdings rufen wir den Kreis und den Landschaftsverband dazu auf, gemeinsam mit den Kommunen konkrete Vorschläge für die Vereinfachung von Verfahren und für die Pauschalierung von Leistungen zu erarbeiten und diese dem Gesetzgeber zu präsentieren. Es bedarf zudem einer grundlegenden Bürokratierreform auch in vielen anderen Bereichen.

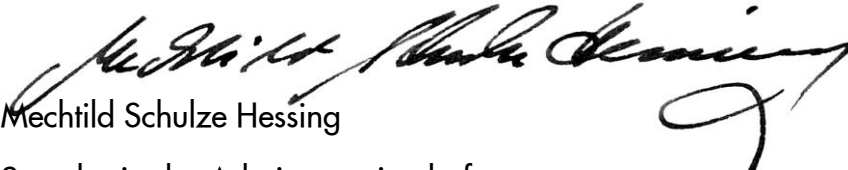
Die Arbeitsgemeinschaft der Kommunen im Kreis Borken betont, dass wir gerade in diesen finanziell schwierigen Zeiten als kommunale Familie zusammenstehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Das Benehmen mit dem Kreishaushalt 2024 wird hiermit ausgesprochen.

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgemeinschaft bedanke ich mich für den offenen und konstruktiven Dialog und die gute Zusammenarbeit. Beim Kreiskämmerer, Herrn Wilfried Kersting, bedanke ich mich für die transparente Darstellung der Eckdaten des Haushaltes 2024.

Und allen Beschäftigten der Kreisverwaltung gilt unser herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit und das große Engagement für unseren Kreis Borken.

Mit freundlichem Gruß



Mechtild Schulze Hessing

Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft